

Sichere Schweizer Städte 2025

Gefährdungen, Strategien, Handlungsoptionen





Inhalt

Editorial	3
Was zeichnet eine sichere Stadt aus?	5
Vorgehen, Ziele und beteiligte Pilotstädte	6
Sicherheit 2012: die Einschätzung der Städte	8
Sicherheit 2012: objektivierte Betrachtung	10
Blick in die Zukunft	12
Gefährdungslage 2012 und 2025	14
Herausforderungen für die künftige Sicherheitspolitik	15
Strategien zur Gestaltung sicherer Städte	17
Kurzkrimi: Schnapp den Lump	21

Impressum

Herausgeber: Schweizerischer Städteverband
Monbijoustrasse 8, Postfach 8175, 3001 Bern
Telefon +41 31 356 32 32 · info@staedteverband.ch
www.staedteverband.ch

BaslerFonds
Zollikerstrasse 65, 8702 Zollikon
Telefon +41 44 395 11 11 · info@ebp.ch
www.ebp.ch

Bilder: Monika Flückiger, Bern und Rolf Siegentaler, Bern

Illustrationen: Lilian Blaser, Zürich

Übersetzung: Zieltext, Zürich

Gestaltung: Atelier KE, Meiringen

Druck: Kächler Druck AG, Giswil



Editorial

Menschen brauchen Sicherheit. Bloss: welche und wie viel Sicherheit? Wie weit darf Sicherheit Freiheit einschränken? Wie viel Risiko ist mit dem Leben verbunden? Wie weit geht die Aufgabe des Staates, seine Bevölkerung zu schützen?

Menschliches Leben – und das gilt erst recht, wenn in einem städtisch geprägten Umfeld Personen dicht mit- und nebeneinander leben – ist immer mit Unsicherheiten verbunden.

Was heisst das für ein Projekt mit dem Titel «Sichere Schweizer Städte 2025»? Sicherheit ist facettenreich, und ob sich jemand sicher oder unsicher fühlt, hängt von vielen Faktoren ab. Meist fühlt sich wohl, wer sich sicher fühlt. Selbst wenn Sicherheit als absoluter Zustand nicht erreichbar ist, ist sie für Individuen wie für Gesellschaften, respektive für Gemeinwesen ein erstrebenswertes Gut.

Für Städte und Gemeinden ist die Sicherheitsthematik mit zahlreichen Herausforderungen verbunden. Erhebungen, die auf objektiven, quantifizierbaren Daten zur Sicherheitslage beruhen, weichen mitunter stark vom subjektiven Sicherheitsempfinden ab. Die Ressourcen zur Gewährleistung von Sicherheit sind knapp. Sowohl das Verständnis von wie die Anforderungen an Sicherheit unterliegen einem steten Wandel. Wie können Gemeinwesen mit diesen Herausforderungen umgehen?

«Sichere Schweizer Städte 2025» liefert keine Patentlösungen. Die Studie gibt aber

den Verantwortlichen in den Städten Instrumente in die Hand, um sich mit Sicherheitsfragen auseinanderzusetzen. So versucht die Studie abzuschätzen, wie sich die Sicherheitslage in Schweizer Städten in den kommenden 12 Jahren verändern dürfte, und entwickelt Strategien und Handlungsoptionen, um auf die Gefährdungen zu reagieren.

Ein besonderes Kennzeichen der Studie ist, dass sie die Kompetenzen eines auf Sicherheits- und Stadtentwicklungsfragen spezialisierten Unternehmens mit dem Wissen und den konkreten Erfahrungen aus 33 Städten und Gemeinden vereint. Diese einzigartige Kombination hat den Vorstand des Schweizerischen Städteverbandes und den BaslerFonds überzeugt, die Studie zu unterstützen.

Ich freue mich, Ihnen mit dieser Broschüre einen knappen Einblick in die Studie zu ermöglichen. Die vollständige Studie ist unter www.staedteverband.ch zugänglich.

Selbst durchdachte Sicherheitsstrategien lassen sich aber mitunter umgehen. Dies zeigt auch der Kurzkrimi der Autorin Christine Brand am Schluss der Broschüre. Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre.

Dr. Marcel Guignard

Stadttammann Aarau
Präsident Schweizerischer Städteverband



Was zeichnet eine sichere Stadt aus?

«Sichere Schweizer Städte 2025» geht von einem umfassenden Sicherheitsbegriff aus. Eine sichere Stadt bietet Lebensqualität. Menschen fühlen sich dann wohl und sicher, wenn der öffentliche Raum belebt, die Kriminalität gering, die Strassen sauber sind, die Infrastrukturen funktionieren und sozial Schwächere am gesellschaftlichen Leben teilhaben. Sicherheit ist nicht der einzige, aber ein wichtiger Standortfaktor.

Sich sicher zu fühlen, ist ein menschliches Grundbedürfnis, und die Garantie von Sicherheit ist eine zentrale Aufgabe von Politik und Behörden. Doch was bedeutet Sicherheit? Wann gilt eine Stadt, eine Gemeinde als sicher? Wie lässt sich Sicherheit gewähren?

Wer nach Stichworten zum Thema Sicherheit einer Stadt fragt, erhält ganz unterschiedliche Antworten. Offene Drogenszenen, Vandalismus, Kleinkriminalität werden genannt. Andere betonen eine gut ausgebaut, funktionierende und ausfallsichere Infrastruktur, den Schutz vor Hochwasser oder gut gesicherte Strassenübergänge. Wieder andere assoziieren Sicherheit primär mit sozialem Ausgleich, genügend Arbeitsplätzen oder dem Vorhandensein von attraktivem Wohnraum.

Die Studie «Sichere Schweizer Städte 2025» nimmt dieses breite Verständnis auf und betrachtet urbane Sicherheit als etwas Ganzheitliches. Lebensgewohnheiten und die soziale Durchmischung, Entwicklungen im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologien oder der Klimawandel beeinflussen die objektive Sicherheitslage und das subjektive Sicherheitsempfinden gleichermassen. Um ein umfassendes Bild zu erhalten, wurden Risiken aus drei Bereichen analysiert: gesellschafts-, technik- und naturbedingte Gefährdungen.

In der Schweiz haben Städte und urbane Gemeinden in den letzten Jahren an Attrak-

tivität gewonnen. In der Stadt zu wohnen und zu arbeiten, liegt im Trend. Allerdings entstehen dadurch Nutzungs- und Interessenkonflikte: Städte sollen sicher sein, möglichst ruhig, mit intakten Infrastrukturen und wenig Abfall. Gleichzeitig sind eine hohe öV-Dichte bei Tag und bei Nacht, ein grosses Freizeitangebot sowie Rund-um-die-Uhr-Dienstleistungen gefragt. Regulierungen stehen dem Wunsch nach individueller Freiheit entgegen.

Allen Bedürfnissen gerecht zu werden, stellt politisch Verantwortliche und Behörden vor eine schwierige Aufgabe. Lösbar ist sie nur, wenn das Sorgen für Sicherheit als Querschnittsaufgabe verstanden wird.

Die vorliegende Studie versteht Städte dann als sicher, wenn

- die Unversehrtheit von Leib und Leben gewährleistet ist,
- die Versorgung mit Lebensgrundlagen wie Gesundheitsdiensten, Nahrungsmitteln oder Strom sichergestellt ist,
- die Sicherheitslage Personen und Firmen nicht davon abhält, sich in der Stadt aufzuhalten sowie
- öffentliche Räume, der öffentliche Verkehr und Freizeitangebote mit möglichst geringer Einschränkung des Sicherheitsgefühls genutzt werden können.

Vorgehen, Ziele und beteiligte Pilotstädte

Die Studie «Sichere Schweizer Städte 2025» wählte einen pragmatischen Ansatz und entstand in enger Zusammenarbeit mit städtischen Fachpersonen. 33 Pilotstädte aus der deutsch- und der französischsprachigen Schweiz beteiligten sich an der Studie. Sie wurden – ihrem Profil und ihrer Grösse entsprechend – in vier Städtecluster aufgeteilt. Die Arbeit in diesen Clustern vergleichbarer Städte erleichterte den Erfahrungsaustausch.

«Sichere Schweizer Städte 2025» richtet sich primär an die für Sicherheit verantwortlichen Entscheidungsträger. Die Studie zeigt praxisnah künftige sicherheitsrelevante Fragestellungen und Handlungsoptionen im Zusammenhang mit Sicherheitsfragen in Schweizer Städten auf. Die Studie

- betrachtet Sicherheit breit, über den Kernbereich polizeilicher Sicherheit hinaus, und fokussiert auf die für Städte besonders relevanten Gefährdungen – unabhängig, ob diese gesellschafts-, technik- oder naturbedingt sind,
- zeigt auf, welche Entwicklungen und Ereignisse bis ins Jahr 2025 die Sicherheit Schweizer Städte prägen,
- gibt eine Orientierungshilfe und zeigt Handlungsoptionen auf und
- bietet den an der Studie teilnehmenden Pilotstädten die Möglichkeit, sich untereinander zu vernetzen.

Der Fokus der Studie liegt auf der Zukunft der Sicherheit in Schweizer Städten. Es besteht aber nicht der Anspruch, präzise aufzuzeigen, wie sich die Sicherheitslage in Schweizer Städten in den nächsten Jahren entwickeln wird. Ein solch detailliertes Zukunftsbild ist nicht möglich. Mit dem Zeitraum bis in das Jahr 2025 wurde aber eine überschaubare Periode gewählt, für die in verschiedenen Bereichen zuverlässige Trends

und Annahmen vorliegen. Eine Auseinandersetzung mit der Sicherheitslage in Schweizer Städten nach 2025 wäre mit deutlich mehr Vorbehalten und Unwägbarkeiten behaftet.

«Sichere Schweizer Städte 2025» zeigt auf, wie sich die Sicherheitslage in den nächsten Jahren voraussichtlich entwickelt und wie die Städte auf die künftige Situation reagieren und den Gefährdungen wirksam begegnen können.

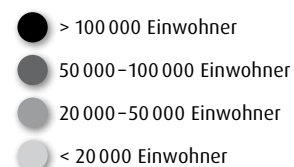
Drei Parteien kooperieren partnerschaftlich

Zur Erarbeitung der Studie liessen sich drei Parteien auf eine innovative Partnerschaft ein. Entstanden ist ein Gemeinschaftsprojekt des Schweizerischen Städteverbandes (SSV) und der Firma Ernst Basler+Partner (EBP), einem unter anderem auf Sicherheits- und Stadtentwicklungsfragen spezialisierten privaten Unternehmen. Der BaslerFonds unterstützte das Projekt finanziell. EBP ist für die Methodik und den Inhalt der Studie verantwortlich. Der SSV stellte die Koordination mit den Pilotstädten sicher und begleitete die inhaltlichen Arbeiten. Den dritten Partner im Bund stellen 33 Pilotstädte aus der französisch- und der deutschsprachigen Schweiz dar. Es handelt sich um Mitglieder des SSV – von der Agglomerationsgemeinde wie Adliswil bis zu grossen Städten wie Genf oder Winterthur. Die Mitarbeit von Fachpersonen aus den Pilotstädten bot Gewähr für einen möglichst hohen Praxisbezug und sicherte die Studie breit ab.



Städte und Gemeinden, die als Pilotstädte an der Studie beteiligt sind

1 Basel	10 Wetzikon (ZH)	19 Solothurn	28 Lenzburg
2 Winterthur	11 Wettingen	20 Grenchen	29 Genève
3 St. Gallen	12 Aarau	21 Freienbach	30 Lausanne
4 Biel	13 Kreuzlingen	22 Effretikon	31 Monthey
5 Thun	14 Wil	23 Herisau	32 Delémont
6 Chur	15 Baden	24 Liestal	33 Adliswil
7 Rapperswil-Jona	16 Bülach	25 Brig	
8 Zug	17 Thalwil	26 Buchs (SG)	
9 Dietikon	18 Olten	27 Zofingen	



Die Städte entschieden sich aus folgenden Gründen für eine Mitarbeit:

- Erfahrungsaustausch: Die Städte wollen sich vernetzen und voneinander lernen.
- Aus der Defensive herauskommen: Die Städte wollen sicherheitsrelevante Themen und Herausforderungen proaktiv angehen.
- Sicherheit ist ein zentraler Standortfaktor: Die Städte wollen attraktiv bleiben.
- Grundlagen und Argumente liefern: Die in der Studie gewonnenen Erkenntnisse sollen die Städte im Planen und Umsetzen ihrer Sicherheitspolitik unterstützen.
- Entwicklungen antizipieren: Die Sicherheitsverantwortlichen wollen lernen, die Veränderungen zu verstehen und mit diesen umzugehen.

Erfahrungsaustausch zwischen den Städten

Um einen intensiven Wissens- und Erfahrungsaustausch unter vergleichbaren Städten zu ermöglichen, wurden die Pilotstädte in vier Cluster aufgeteilt: Grosse Kernstädte, Mittlere Kernstädte, Kleine Kernstädte und Agglomerationsgemeinden. Vertreter der Clusterstädte trafen sich im Studienverlauf mehrmals zu halbtägigen Workshops, um Zwischenergebnisse sowie das weitere Vorgehen zu diskutieren. Im Weiteren fanden drei Treffen aller Pilotstädte statt.

Die inhaltlichen Arbeiten zu «Sichere Schweizer Städte 2025» dauerten von März 2012 bis April 2013. Eine Projektsteuerung stellte während der Bearbeitungsdauer der Studie die Aussensicht sicher und vertrat die Anliegen der Organisationen, die diese Studie finanzierten: Schweizerischer Städteverband, BaslerFonds und Pilotstädte.



Sicherheit 2012: die Einschätzung der Städte

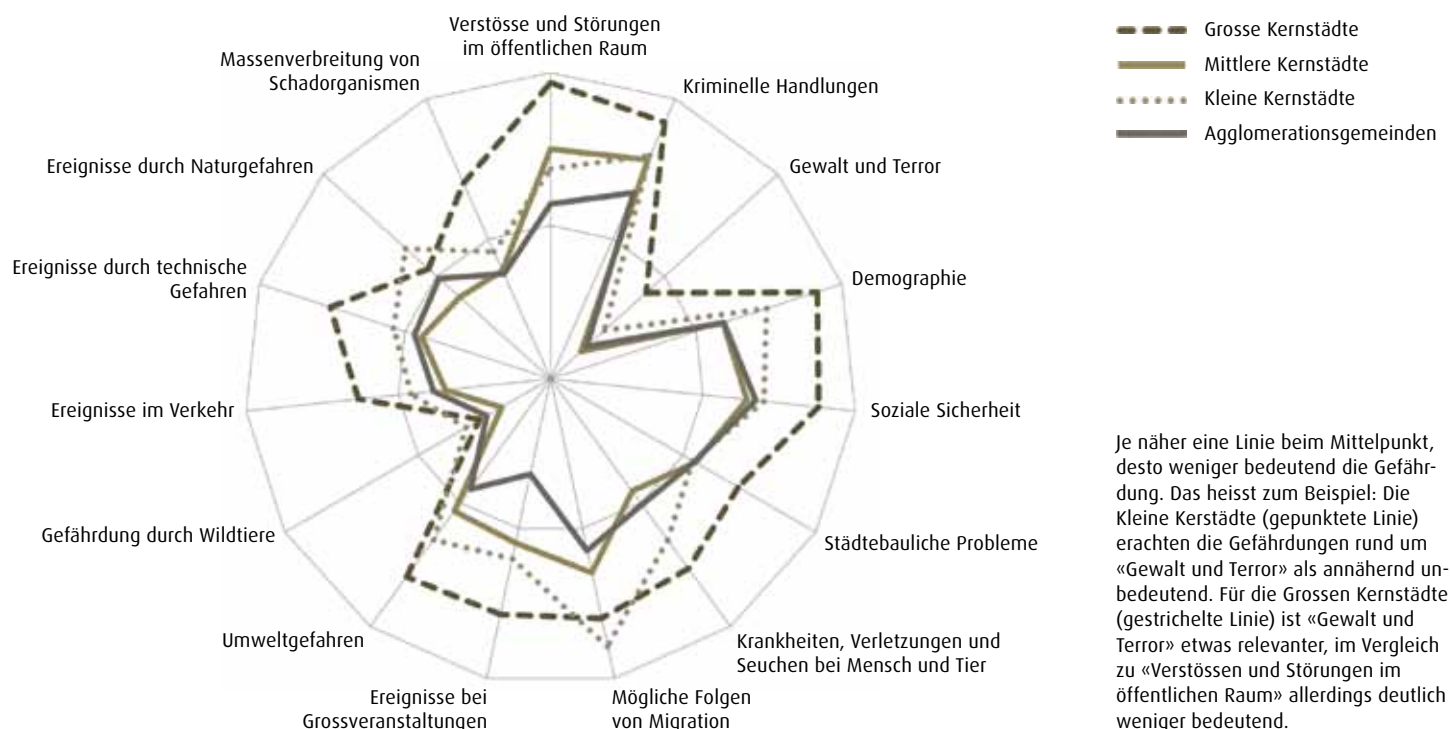
Befragt nach ihrer aktuellen Sicherheitslage schätzten die Pilotstädte vor allem gesellschaftsbedingte Gefährdungen wie kriminelle Delikte oder Konflikte im öffentlichen Raum als relevant ein. Genannt werden also primär häufige und Alltagsereignisse. Seltene Vorfälle mit grossem Schadenpotenzial für städtische Gemeinwesen stehen in der Einschätzung der städtischen Fachpersonen nicht im Fokus.

Ein Stimmungsbild zur Sicherheitslage in Schweizer Städten stand am Anfang der Studie: Welchen sicherheitsrelevanten Themen messen die Pilotstädte welche Bedeutung zu? Die Städtevertreter nutzten für ihre Einschätzungen einen Fragebogen mit über hundert gesellschafts-, technik- und naturbedingten Gefährdungen.

Unter den als am bedeutendsten eingeschätzten Gefährdungen befinden sich auffallend viele gesellschaftsbedingte Ereignisse. Am häufigsten nannten die Städtevertreter Alkoholmissbrauch, Vandalismus und Littering. Die relevantesten technisch bedingten Gefährdungen sind Autounfälle. Von den naturbedingten Gefährdungen wurden Sturm und Hagel sowie Hochwasser als stark sicherheitsgefährdend eingeschätzt.

Bei den unbedeutendsten Gefährdungen finden sich mehrheitlich sehr seltene Ereignisse, die allerdings ein grosses Schadenpotenzial aufweisen, oder solche, die nur für einzelne Städte relevant sind. So kann ein

Darstellung der aktuellen Gefährdungslage nach Eigeneinschätzung der städtischen Fachpersonen



Erdbeben grundsätzlich alle Städte treffen, ist aber insgesamt – mit lokalen Unterschieden – eher unwahrscheinlich. Anders die Naturgefahr Lawinen. Für die meisten Pilotstädte ist diese Gefährdung kein Thema, da die topografischen Bedingungen dafür nicht gegeben sind. Dies schliesst jedoch nicht aus, dass Lawinen für einzelne Städte eine relevante Gefährdung darstellen.

Obige Grafik zeigt die Einschätzung für verschiedene Gefährdungsfelder pro Städtecluster. Ein Gefährdungsfeld umfasst thematisch nahestehende Einzelgefährdungen. Zum Gefährdungsfeld «Verstösse und Störungen im öffentlichen Raum» gehören beispielsweise Littering oder Ruhestörungen. Je näher eine Linie sich beim Mittelpunkt befindet, desto weniger bedeutend wurde das Gefährdungsfeld eingeschätzt.

Allgemein lässt sich feststellen, dass die verschiedenen Gefährdungen für die Grossen Kernstädte die höchste Bedeutung aufweisen, für die Agglomerationsgemein-

den die geringste. Mit anderen Worten: Je grösser eine Stadt, als desto gefährdeter wird sie wahrgenommen. Dies ist vor allem auf die unterschiedlichen Charakteristiken der Städte zurückzuführen: Agglomerationsgemeinden sind oft Wohnstädte und viele gesellschaftliche Gefährdungen, beispielsweise im Bereich der 24-Stunden-Gesellschaft, sind dort weniger ausgeprägt. Grosse Kernstädte hingegen vereinen Arbeitsplätze, Wohnstätten, öffentliches Leben und vieles mehr.

Die Kleinen Kernstädte schätzen im Vergleich zu den Mittleren Kernstädten die verschiedenen Gefährdungen insgesamt als bedeutender ein. Das mag sich mit dem Selbstverständnis der Städte erklären. Kleine Kernstädte pflegen mitunter einen Dorfcharakter, Mittlere Kernstädte orientieren sich an den Grossen Kernstädten in ihrer Region. Die Wahrnehmung derselben Gefährdungen fällt entsprechend anders aus: Während Kleinen Kernstädte die negativen Seiten der Urbanität häufig nicht tolerieren,

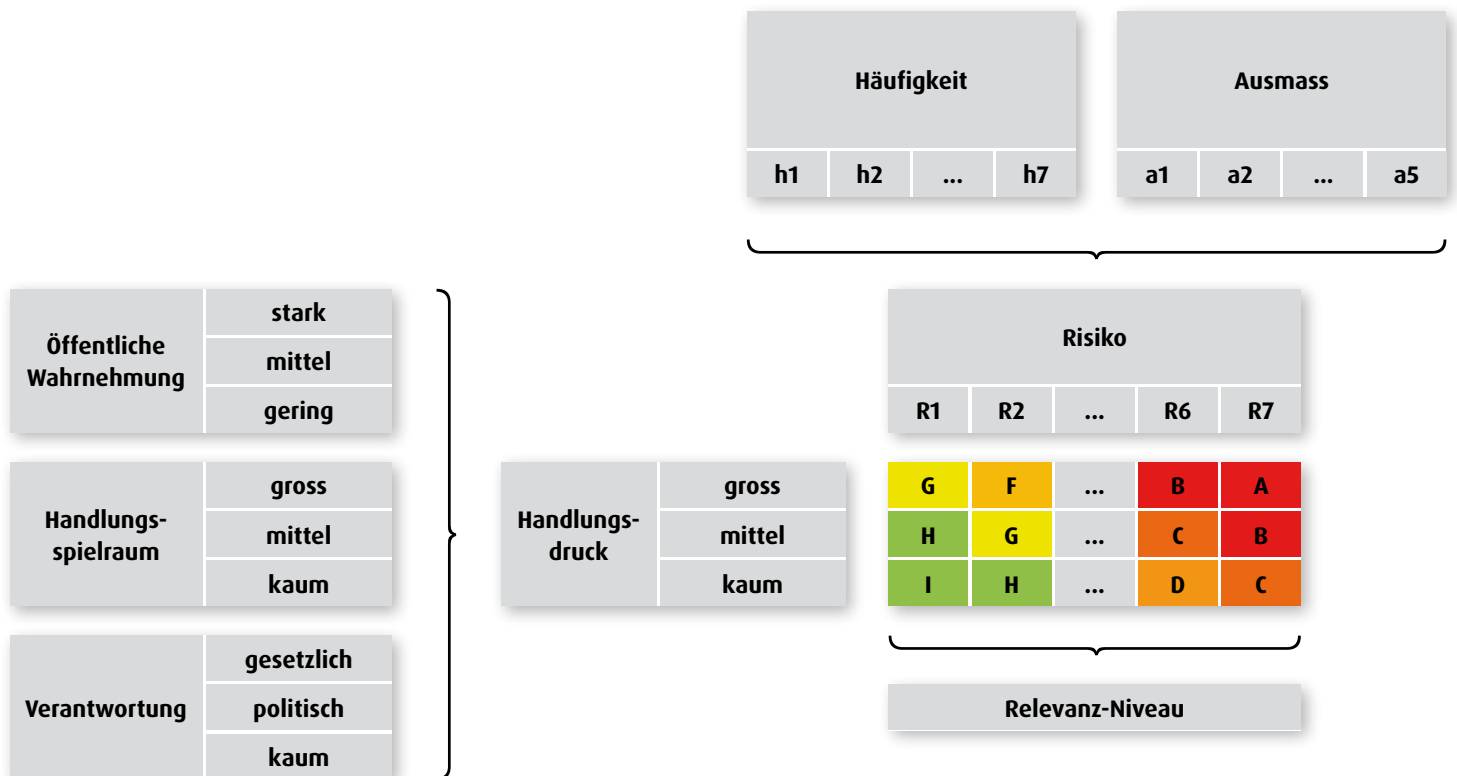
akzeptieren die Mittleren Kernstädte urbane Probleme bis zu einem gewissen Grad.

Ergänzend zu den Fragebögen erstellten die Städtevertreter ein Porträt zur Sicherheitslage in ihrer Stadt. Diese zeigen deutlich, dass die Pilotstädte mit ähnlichen Rahmenbedingungen konfrontiert sind. So stellen alle Städte fest, dass die Zentrumslasten in den letzten Jahren zugenommen haben. Die Nutzungsvielfalt und vielfältige Bevölkerungsstrukturen führen zu Konflikten. Die steigenden Anforderungen im Umgang mit sicherheitsrelevanten Entwicklungen in den Städten stellen nicht nur die Sicherheitsorganisationen vor Herausforderungen, sondern auch Unternehmen wie SBB, Club- oder Ladenbesitzer. Zugleich sind die Sicherheitsorganisationen gefordert, mit knappen finanziellen und personellen Ressourcen auszukommen.



Sicherheit 2012: objektivierte Betrachtung

Eine speziell auf das integrale Vorgehen zugeschnittene Methode ermöglichte eine objektivierte Beurteilung der verschiedenen Gefährdungen. Das Ergebnis: Die gesellschaftsbedingten Gefährdungen haben auch objektiviert betrachtet für die Städte die höchste Relevanz. Aber es gibt auch Ausnahmen wie den Stromausfall. Insgesamt aber stimmen Eigeneinschätzung und objektivierter Sicherheitslage gut überein.



Vorgehen zur objektivierten Beurteilung der Relevanz von Gefährdungen



Den subjektiven Einschätzungen der Pilotstädte wurde eine objektivierte Beurteilung gegenüber gestellt. Untersuchungen über die Sicherheitslage in Städten stützen sich häufig primär auf statistische Daten aus Polizeistatistiken. «Sichere Schweizer Städte 2025» hingegen hat einen innovativen, ganzheitlichen Ansatz gewählt. Basis dazu ist eine Methode, die quantitative, risikobasierte Beurteilungskriterien mit qualitativen verbindet.

Konkret wurden alle potenziellen Gefährdungen danach beurteilt,

- wie oft sie sich ereignen (Häufigkeit)
- zu welchen Schäden sie führen (Ausmass)
- wie stark die öffentliche Wahrnehmung bei der Bevölkerung und in den Medien ist (öffentliche Wahrnehmung)
- ob eine Stadt einen Handlungsspielraum besitzt, um eigenständig aktiv zu werden (Handlungsspielraum) und
- ob eine Stadt eine gesetzliche oder politische Verantwortung besitzt (Verantwortung).

Dieser Ansatz stellt sicher, dass auch seltene Gefährdungen, die in einem städtischen

Gemeinwesen zu grossen Schäden führen können, in die Analyse mit einfließen. Zusätzlich berücksichtigt die Methode das Sicherheitsempfinden in den Städten und deren Handlungsspielraum. Das Ergebnis ergibt eine objektivierte Einstufung der Gefährdungen pro Städtecluster.

Gemäss der Methodik sind für Schweizer Städte gegenwärtig 53 Gefährdungen relevant. Die drei gesellschaftlich bedingten Gefährdungen Littering, Alkoholmissbrauch in der Öffentlichkeit und Jugendgewalt weisen dabei die höchste Relevanz auf. Von ebenfalls sehr hoher Relevanz sind häusliche Gewalt, Körperverletzungsdelikte und Vandalismus.

Insgesamt unterscheiden sich die Ergebnisse der vier Städtecluster nicht wesentlich. Differenzen zeigen sich jedoch in der Grösse des Portfolios relevanter Gefährdungen: Je grösser eine Stadt, desto mehr Gefährdungen mit hoher Relevanz weist sie auf. Einzelne Gefährdungen betreffen Grosse Kernstädte deutlich ausgeprägter als die restlichen Städte. Beispiele dafür sind gewaltsame Demonstrationen oder Strassenprostitution.

Unter den zehn relevantesten Gefährdungen aller Städtecluster gibt es nur eine nicht gesellschaftlich bedingte Gefährdung: den Stromausfall. Andere seltene Ereignisse

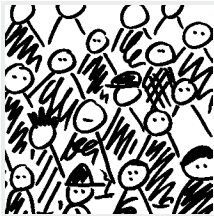
mit potenziell verheerendem Ausmass wie Epidemien, Amoklauf, Hochwasser und Überflutungen oder Massenpanik befinden sich primär in der unteren Hälfte der für 2012 als relevant eingeschätzten Gefährdungen.

Der Vergleich der subjektiven Einschätzung einer Gefährdung durch die Städtevertreter mit der objektivierten Methode zeigt Folgendes:

- Im Grossen und Ganzen sind die Ergebnisse der subjektiven Einschätzung der Gefährdungen mit den objektiviert beurteilten vergleichbar.
- Es gibt Gefährdungen, bei denen sich subjektive und objektivierte Einschätzung unterscheiden. Diese Unterschiede sind ein Hinweis dafür, dass die Bedeutung gewisser Gefährdungen nicht präsent ist, beispielsweise aufgrund ihrer Seltenheit wie bei einem Stromausfall, oder Ereignisse in ihrer Bedeutung überbewertet werden, beispielsweise aufgrund häufig eintretender Ereignisse wie Verkehrsunfälle.

Blick in die Zukunft

Was zeichnet das Leben in den Städten im Jahr 2025 aus? Wie sind Städte organisiert? Wie gestalten die Menschen ihren Alltag? Um eine Grundlage zur Beurteilung künftig relevanter Sicherheitsfragen zu haben, wagt die Studie einen Blick nach vorn. Anhand vorhandener Zukunftsszenarien und mittels Gesprächen mit Fachpersonen wurde ermittelt, wie die Situation in 13 Jahren aussehen könnte. Entstanden sind mögliche Szenarien aus sechs Blickwinkeln.



Die Stadtbevölkerung

Mehr als 8,5 Millionen Menschen wohnen 2025 in der Schweiz, bis vier Fünftel von ihnen in Städten, städtischen Gemeinden und Agglomerationen. Die Stadtbevölkerung weist eine grosse kulturelle und nationale Vielfalt auf.

Der Anteil der älteren, nicht mehr erwerbstätigen Bevölkerung ist relativ gross und soziale Unterschiede sind markant. Aufgrund der heterogenen Zusammensetzung ergeben sich Interessenkonflikte bezüglich Ausgestaltung des städtischen Lebens und Nutzung des öffentlichen Raums.



Der Stadtmensch

Städtische Menschen pflegen vielfältige Lebensstile. Parallel dazu zeichnet sich eine steigende Bedeutung der lokalen Verwurzelung ab. Unzählige Möglichkeiten der Selbstverwirklichung führen bei einzelnen Personen zu Orientierungsverlust und zum Wunsch nach ideologischen und religiösen Weltbildern, die Intoleranz und Gewaltbereitschaft erhöhen.

Medien und öffentlicher Diskurs prägen das subjektive Sicherheitsgefühl. Effektiv lebt der Stadtmensch aber in einem recht sicheren Umfeld.



Der Alltag

Flexible Lebensrhythmen lassen die Trennlinie zwischen beruflichem und privatem Alltag zunehmend verschwinden. Die 24-Stunden-Gesellschaft erhebt rund um die Uhr Anspruch auf die Nutzung des öffentlichen Raums. Die technologische Entwicklung und das Angebot an Kommunikationskanälen fordern von den Behörden eine äusserst effiziente Planung, um deren störungsfreies Funktionieren zu gewährleisten.

Öffentlicher Verkehr und Strassen sind stark belastet und kaum noch ausbaubar.



Die Stadtstruktur

Aufgrund der zunehmenden Nachfrage nach städtischem Wohnraum und des Kampfes gegen die Zersiedelung hält die Verdichtung an. Verteuerter Wohnraum verdrängt ärmere Bevölkerungsschichten in die Agglomeration. Die Zentren sind primär als Wirtschaftsstandorte und als Lebensraum für Besserverdienende attraktiv.

Das urbane Leben findet zunehmend im öffentlichen Raum statt. Politisch Verantwortliche sind gefordert, sozialräumliche Segregation und lokale Hotspots zu vermeiden.



Das Geld

Die wirtschaftliche Dynamik geht stark von den Metropolitanräumen Zürich, Basel und der Arc lémanique aus. Aufgrund wachsender Aufgaben sowie der Abhängigkeit von der volatilen globalen Wirtschaftslage bleibt die Finanzlage der Städte angespannt.

Die zunehmend ungleiche Einkommensverteilung, mehr Working-Poors, eine steigende Sockelarbeitslosigkeit und ein knapper finanzieller Spielraum der öffentlichen Hand stellen Risiken für die Sicherheitslage in den Städten dar.



Die Politik

Politische Fragestellungen sind komplexer, die Medienberichterstattung ist härter, der Einfluss von nichtstaatlichen Akteuren auf das öffentliche Leben steigt, die Mobilität nimmt zu. All dies erschwert die Handlungsfähigkeit der städtischen Behörden.

Städtische Sicherheitspolitik umfasst auch in Zukunft präventive und repressive Massnahmen. Welche umgesetzt werden, hängt von der Wertevorstellung der Bevölkerung und den finanziellen Ressourcen ab.

Gefährdungslage 2012 und 2025

Ausgehend von den beschriebenen Zukunftsszenarien wurden die relevanten Gefährdungen für das Jahr 2025 ermittelt. Die zu erwartenden Entwicklungen in den Schweizer Städten haben Auswirkungen auf die Sicherheitslage. Gefährdungen wie der Ausfall von Informations- und Kommunikationstechnologien sind künftig verstärkt von Bedeutung. Insgesamt bleibt das Gefährdungsprofil aber ziemlich konstant. Dominant sind weiterhin gesellschaftsbedingte Gefährdungen.

Gefährdungsart	2012				2025			
	GKS	MKS	KKS	AG	GKS	MKS	KKS	AG
Littering	B	B	B	B	B	B	B	B
Alkoholmissbrauch in der Öffentlichkeit	B	B	B	B	B	B	B	B
Jugendgewalt, Gewalt an Schulen	B	B	B	B	B	B	B	B
Häusliche Gewalt	B	B	B	C	B	B	B	B
Sachbeschädigungen (Vandalismus)	C	B	C	C	B	B	B	B
Stromausfall	C	C	C	C	B	B	B	B
Körperverletzungsdelikte	B	B	C	C	B	B	C	C
Einbruchsdiebstahl	C	C	D	B	C	C	C	B
Vermögensdelikte (alle Arten von Diebstahl, Raub)	C	C	C	C	C	C	C	C
Drohungen / Nötigungen (auch gegen Beamte, Behörden)	D	D	D	D	C	C	C	C
Ruhestörungen	C	B	D	D	B	B	C	D
Belästigungen (z.B. Pöbeleien, «Schnorrer»)	D	D	E	E	C	C	D	D
Gewalt bei (Sport-)Veranstaltungen	C	C	D		C	C	D	E
Fussgängerunfälle	C	D	D	D	C	D	D	D
Velounfälle	C	D	D	D	C	D	D	D
Verstösse gegen das Reglement / Verordnung über die Benutzung des öffentlichen Grundes	D	E	D	E	C	D	D	D
Illegales Entsorgen von Abfällen und Sonderabfällen	D	D	D	D	D	D	D	D
Tötungsdelikte	D	D	D	D	D	D	D	D
Betäubungsmitteldelikte, Drogenhandel und Beschaffungskriminalität	D	D	D	D	D	D	D	D
Sexualdelikte	D	D	D	E	D	D	D	D
Epidemien / Pandemien	D	E	D	D	D	D	D	D
Ausfall Informations- und Kommunikationsinfrastruktur					D	D	D	D
Gewaltsame Demonstrationen	C	D	D		C	D	D	
Verstösse gegen Wegweisungsparagrafen	E	E	E		D	D	D	E
Betrug an Geldautomaten	B	C	C		D	E	D	E
Konsum illegaler Drogen in der Öffentlichkeit	D	D	E	D	D	D	E	D
Freizeit- und Sportunfälle	C		C		D	E	E	E
Innere Unruhen, Ausschreitungen im öffentlichen Raum	E	E			E	D	E	E
Autounfälle	D	D	D	D	E	E	E	E
Verstösse gegen die Hundeverordnung	D	E	D	E	E	E	E	E
Amoklauf	E	E	E	E	E	E	E	E
Zu widerhandlung gegen das Waffengesetz	E	E	E	E	E	E	E	E
Personenunfälle im Bahnverkehr (Suizid)	E	E	E	E	E	E	E	E
Hochwasser	E	E	E	E	E	E	E	E
Überflutungen (Starkregen, Flutwellen)	E	E	E	E	E	E	E	E
Unfälle bei der Benutzung des öffentlichen Nahverkehrs	E	E	E		E	E	E	E
Schneefälle (extrem), Schneesturm, Eisregen	E	E	E		E	E	E	E
Massenverbreitung invasiver gesundheitsschädigender Arten	E		E		E	E	E	E
Hitzewelle					E	E	E	E
Lärm auf Grund von Veranstaltungen		D		E	E	D	E	E
Strassenprostitution	C	E	E		D	E		
Sabotage	E				E			
Bombendrohung	E				E			
Zugunfälle				E				E

Die Gefährdungen wurden nach Städtecluster erhoben: Grosse Kernstädte (**GKS**), Mittlere Kernstädte (**MKS**), Kleine Kernstädte (**KKS**) und Agglomerationsgemeinden (**AG**). Für die Einschätzung der Relevanz wurden gemäss dem Alphabet Klassen von A (höchste Relevanz) bis I (tiefste Relevanz) eingeführt. Gefährdungen der Klassen A bis E gelten für die Studie als relevant und wurden weiterverfolgt; Einschätzungen der Klasse F bis I wurden als nicht-relevant für Schweizer Städte fallengelassen. Gemäss der angewendeten Methodik ist keine Gefährdung der Klasse A zuzuordnen.

Um eine nachhaltige und umfassende Sicherheitspolitik zu gestalten, müssen die Städte aktuelle und sich abzeichnende sicherheitsrelevante Entwicklungen erkennen. Risse in der Gesellschaft, eine wachsende Technikabhängigkeit, die mögliche Ausbreitung von Pandemien oder klimatische Veränderungen haben Auswirkungen auf die Sicherheitslage einer Stadt. Die Behörden sind gefordert, auf solche Herausforderungen zu reagieren.

Herausforderungen für die künftige Sicherheitspolitik

Welche zu erwartenden Entwicklungen beeinflussen die Sicherheitslage der Städte? Auf welche Herausforderungen müssen Städte vorbereitet sein und reagieren? Aus den auf den vorherigen Seiten beschriebenen Zukunftsszenarien lassen sich acht zentrale Herausforderungen ableiten, mit denen die Städte umgehen müssen.

1. Mit einer wachsenden sozialen Ungleichheit und einer abnehmenden gesellschaftlichen Solidarität steigen Frustrationspotenzial und Gewaltbereitschaft. Gesellschaftsbedingte Gefährdungen wie Vandalismus oder Pöbeleien sind nur einige der Konsequenzen. Städte müssen ihre soziale Integrationskraft aufrechterhalten.

2. Als Folge der weiteren Erhöhung der Siedlungsdichte, der zunehmenden Anonymität und der 24-Stunden-Gesellschaft steigt der Druck auf die Nutzung der urbanen Infrastruktur. Städte müssen eine möglichst konfliktarme Nutzung des öffentlichen Raums ermöglichen.

3. Die Abhängigkeit der urbanen Gesellschaft von funktionierenden technischen Systemen nimmt zu und die Störungstoleranz ab. Der Ausfall einzelner technischer Infrastrukturen kann weitreichende Auswirkungen haben. Städte müssen sich im Umgang mit Ausfällen üben bzw. diese verhindern.

4. Verdichtetes Bauen führt zu Änderungen des städtischen Mikroklimas und zu

Gesundheitsrisiken. Städte müssen mit städtebaulichen Massnahmen negative Auswirkungen der zu erwartenden Klimaveränderungen verringern.

5. Das ungebrochene Bedürfnis nach Mobilität bringt Langsam-, Strassen- und öffentlichen Verkehr im engen Raum an Kapazitätsgrenzen. Städte müssen eine sichere, klima- und stadtraumverträgliche Verkehrspolitik entwickeln.

6. Städte werden noch verstärkt mit alltäglicher und organisierter Kriminalität konfrontiert sein. Es ist davon auszugehen, dass das globale Wohlstandsgefälle auch zu einer vermehrten Präsenz organisierter Banden aus dem Ausland führt. Städte müssen eine enge Kooperation zwischen nationalen, kantonalen und lokalen Stellen einfordern.

7. Krankheitserreger wie Viren oder invasive Tier- und Pflanzenarten verbreiten sich im Zuge des weltumspannenden Austauschs von Menschen und Gütern immer schneller. Städte müssen in enger Zusammenarbeit mit Kantonen und Bund adäquate Vorsorgepläne bereithalten.

8. Die Ressourcen der öffentlichen Hand sind knapp und Sicherheitspolitik steht in Konkurrenz mit anderen städtischen Aufgaben. Städte müssen die Schwerpunkte bei zentralen sicherheitsrelevanten Fragestellungen setzen und die vorhandenen Mittel effizient verwenden.



Strategien zur Gestaltung sicherer Städte

Um die Sicherheit ihrer Bevölkerung zu garantieren, müssen Städte frühzeitig Strategien und Massnahmen entwickeln, mit denen sie auf mögliche Gefährdungen reagieren können. Erfolgsversprechend sind Lösungen, die stadt spezifisch sind und parallel auf mehreren Ebenen ansetzen. Dazu gehören eine Kombination präventiver und repressiver Massnahmen sowie der Einbezug unterschiedlicher Akteure wie der Polizei, der Stadtentwicklung, der Sozial- oder Schulämter sowie Privater.

Das ganzheitliche Verständnis von Sicherheit, das der Studie «Sichere Schweizer Städte 2025» zugrunde liegt, fordert eine breit abgestützte und sektorübergreifende Zusammenarbeit beim Entwickeln und Umsetzen von Strategien und Massnahmen. Die Kooperation verschiedener kommunaler Behörden und privater Akteure ist unabdingbar. Dazu gehören auf staatlicher Seite neben der Polizei auch Schul- und Sozialämter,

Sicherheitspolitik ist ein facettenreiches Thema und umfasst Massnahmen aus den unterschiedlichsten Bereichen. Jede Stadt muss ihre Sicherheitslage selbst analysieren und anschliessend entscheiden, wie mit der spezifischen Situation umzugehen ist.

die Stadtentwicklung oder das Tiefbau- und Entsorgungsamt. Auf privater Seite zählen Club- und Barbetreiber genauso dazu wie Jugendverbände, Vereine oder Transportunternehmen. Ziel ist es, der Bevölkerung in den Städten möglichst viel Sicherheit zu bieten. Menschen sollen sich subjektiv sicher fühlen und die Kriminalitätsrate soll möglichst tief gehalten werden.

Sechs Strategien zeigen Handlungsfelder auf, die für die Gestaltung einer urbanen Sicherheitspolitik von Bedeutung sind.

Sicherheitsnetzwerke handlungsfähig behalten

Vernetzung heisst das Stichwort für eine effiziente städtische Sicherheitspolitik. Um die Sicherheit in einer Stadt zu garantieren, werden Massnahmen mit verschiedenen Akteuren aufeinander abgestimmt. Das setzt einen regelmässigen Austausch unter Fachpersonen und deren Zusammenarbeit voraus. Zusätzlich zur Vernetzung innerhalb einer Stadt bieten sich Absprachen zwischen Städten an.

Konkret empfiehlt sich beispielsweise die Zusammenarbeit zwischen Polizeistellen, Schul- und Sozialämtern für den Umgang mit auffälligen oder gewaltbereiten Jugendlichen.

Sichere Städte planen, bauen, steuern

Städtebauliche Massnahmen spielen für die Sicherheit in Städten eine zentrale Rolle. Es gilt, Angstorte im öffentlichen Raum zu vermeiden. Dunkle, menschenleere Unterführungen, unübersichtliche Gänge oder verschmutzte Plätze führen zu Angstgefühlen und werden von vielen Menschen gemieden. Solche Orte können auch zu rücksichtslosem oder kriminellem Verhalten verleiten. Sicherheitsrelevante Aspekte sind daher Bestandteil aller städtischen Planungs-, Bau- und



Steuerungsprozesse. Dazu gehört auch, auf die soziale Durchmischung in Quartieren zu achten oder klimatische Wärmeinseln zu vermeiden.

Sicherheit in einer Stadt umfasst mehr als polizeiliche Sicherheit. Für die Planungen ist ein breiter Sicherheitsbegriff zu verwenden, der grundsätzlich alle Gefährdungen berücksichtigt. Der bestehende Rechtsrahmen wird genutzt, Gesetzeslücken werden geschlossen.

Konkret empfiehlt sich beispielsweise, städtebauliche Kriminalprävention zur festen Planungsgrundlage zu machen. Verschiedene europäische Städte machen damit gute Erfahrungen.

Rechtsrahmen nutzen und gestalten

In einem demokratischen Rechtsstaat muss sich staatliches Handeln innerhalb des vorhandenen Rechtsrahmens bewegen. Dieser wird zur Aufrechterhaltung der Sicherheit konsequent genutzt. Zeigen sich Gesetzeslücken oder besteht aufgrund der zu lösenden Probleme die Notwendigkeit, Gesetze anzupassen oder neue einzuführen, wirken die Städte darauf hin. Dies kann auf kommunaler Ebene geschehen, aber je nach Thema und Kompetenz auch auf kantonaler oder Bundesebene angezeigt sein. Sicherheitsrelevante Vereinbarungen und Zusammenarbeitsmodelle werden zu spezifischen Fragen erarbeitet.

Konkret empfiehlt sich beispielsweise, Vereinbarungen mit Veranstaltern von Grossereignissen zu treffen, in denen diese zur

Vermeidung von Littering oder Vandalismus und zur Kostenübernahme verpflichtet werden.

Gewaltprävention und soziale Arbeit verstärken

Repression allein ist nicht zielführend. Zur Erhöhung der Sicherheit trägt auch die Präventionsarbeit bei. Bewohnerinnen und Bewohner von Städten werden für Sicherheitsfragen sensibilisiert und übernehmen Verantwortung für sich selbst und für Dritte. Die Behörden nutzen verschiedenste Kommunikationskanäle, um möglichst breite Schichten der Bevölkerung zu erreichen. Sie organisieren in den Quartieren Anlässe, um die sozial Schwächeren am Stadtleben teilhaben zu lassen. Die Schulen sind in die Präventionsarbeit mit Jugendlichen involviert und lehren den Umgang mit Gewalt und Sucht.

Konkret empfiehlt sich beispielsweise, Kontakt- und Beratungsstellen gegen häusliche Gewalt zu schaffen. Sie sind niedrigschwellig organisiert, sodass der Zugang für Betroffene einfach möglich ist. Zur Sicherstellung der Erreichbarkeit für Personen mit Migrationshintergrund wird die Zusammenarbeit mit den städtischen Integrations- und Sozialämtern angestrebt.

Sicherheitsorganisationen stärken

Die Anforderungen zur Gewährung von Sicherheit ändern sich laufend. Deshalb ist die kontinuierliche Aus- und Weiterbildung der für die urbane Sicherheit zuständigen Fachpersonen zentral. Im Weiteren sind die Städte dafür besorgt, genügend Ressourcen



zur Durchsetzung von Recht und Ordnung zur Verfügung zu stellen. Sicherheitskräfte sind im öffentlichen Raum präsent und gut sichtbar.

Konkret empfiehlt sich beispielsweise, dass Polizei, Rettungskräfte und Schulbehörden gemeinsame Seminare organisieren, um Strategien zur Eindämmung von Jugendgewalt zu entwickeln.

Optimal kommunizieren

Politisch Verantwortliche und Bevölkerung werden über sicherheitsrelevante Themen und Massnahmen regelmässig informiert. Alle vorhandenen Kommunikationskanäle werden genutzt (Medien, SMS-Alarm, Internet, Informationsveranstaltungen etc.). Dadurch ist die Bevölkerung einerseits sensibilisiert, andererseits trägt das vermittelte Wissen auch zu einem besseren Verständnis der Lage und so zu einem erhöhten Sicherheitsempfinden bei. Die Behörden nehmen Befürchtungen aus der Bevölkerung ernst.

technikbedingte Gefährdungen wird ein eigenes Alarmsystem erarbeitet.

Die genannten Strategien ermöglichen es den Städten, auf die wichtigsten sicherheitspolitischen Herausforderungen der kommenden Jahre zu reagieren. Die Studie «Sichere Schweizer Städte 2025» hat Folgendes klar gemacht:

- Sicherheit ist und bleibt für alle Schweizer Städte ein zentrales Thema; seine Bedeutung wird sogar noch wachsen.
- Schweizer Städte – unabhängig von ihrer Grösse – stehen vor vergleichbaren Herausforderungen.
- Urbane Sicherheit entsteht durch das Zusammenspiel von Massnahmen aus unterschiedlichen Bereichen. Kooperationen zwischen städtischen Behörden sowie der Einbezug Privater sind notwendig. Auch Absprachen zwischen den Städten, mit den Kantonen und Bundesstellen sowie fallweise über die Landesgrenzen hinaus sind unabdingbar.

Kooperation und Informationsaustausch sind für die Sicherheit zentral. Dazu gehören die Zusammenarbeit verschiedener Behörden in einer Stadt, der Aufbau von Netzwerken zwischen den Städten, der Einbezug Privater und die Förderung der Selbstverantwortung der Bevölkerung.

Konkret empfiehlt sich beispielsweise, dass jede Stadt ein «Kommunikationskonzept Sicherheit» erarbeitet, in dem alle für die spezifischen Gegebenheiten wichtigen Massnahmen enthalten sind. Für natur- und



Schnapp den Lump

Text: Christine Brand*

Lena Stahl

Beim ersten Mal waren es zwei Schnuller. Ich sass in einem dieser Einkaufswagen, in die man vorne das Kind hineinsetzen kann, sofern es einem gelingt, dessen strampelnde Beine einzufädeln. Meine Mutter versuchte gerade, ihre Kritzelei auf dem Einkaufszettel zu entziffern, da griff ich mit meinen Pummelfingern zu, packte die Schnuller im Doppelpack und schwups waren sie unter meinem Pullover verschwunden. Wo meine Mutter sie zu Hause schliesslich entdeckte, was einen unschönen Schrei des Entsetzens ihrerseits zur Folge hatte. Etwa drei Jahre alt muss ich damals gewesen sein, so genau weiss ich das nicht. Ich erinnere mich auch nicht an den Diebesakt selbst, sondern nur an die Erzählung meiner Mutter, die ich gefühlte Elftausendmal mitanhören musste. Mittlerweile bin ich sicher, dass dieses frühkindliche Erfolgserlebnis für den Fortgang meiner Entwicklung nicht nur prägend war, sondern dass es mich zu dem gemacht hat, was ich heute bin. Auf die Schnuller folgten Schokoriegel, Ohrstecker, Jeans, T-Shirts, Schuhe, eine Hanfstaupe, Salzstreuer, Pfeffermühlen, und, ja, später auch Handtaschen und Portemonnaies. Stehlen ist meine Leidenschaft, mein persönliches kleines Abenteuer. Es geht gar nicht mehr ohne. Und niemals lasse ich mich erwischen.

Pressekonferenz Kantonspolizei Bern, Kommandant Häberli

Im Rahmen einer Studie über Sicherheit haben wir festgestellt, dass sich in der Stadt Bern überdurchschnittlich viele Taschendiebstähle ereignen. Damit sich unsere Bürger wieder sicher fühlen, intensivieren wir den Kampf gegen die Diebe. Ich freue mich, ihnen heute das innovativste Sicherheits-Projekt vorzustellen, das die Schweiz je gesehen hat: Die

Kantonspolizei Bern hat ein App entwickelt, mit dessen Hilfe sämtliche Langfinger gefasst werden. Das App «Schnapp den Lump» kann jeder Berner gratis auf sein Handy laden. Beobachtet jemand einen Taschendieb, tippt er sofort in ein vorgegebenes Raster Tatort, Haarfarbe, Alter, Geschlecht, Grösse und Kleidung des Täters ein. Dieser Fahndungsauftrag geht in derselben Sekunde automatisch an die Polizei und an alle Bürger, die das App heruntergeladen haben. Die Bürgerinnen und Bürger sind aufgerufen, den Gauner in Gewahrsam zu nehmen, bis die Beamten eintreffen. Eingreifen statt wegschauen, lautet die Devise. Gemeinsam sind wir die beste Polizei! Wir werden mit dieser technischen Revolution den Dieben den Garaus machen. Für mehr Sicherheit in unserer Stadt!

Lena Stahl

Ich? Ich soll ein Sicherheitsrisiko sein? Wegen der paar Taschendiebstähle? Ich tue doch keinem was! Dennoch haben sie es auf mich abgesehen. Ausgerechnet. Als ob ich gefährlich wäre! Und sie hetzen sogar die Bevölkerung auf mich. Gemeinsam sind wir die beste Polizei... dass ich nicht lache. Die Polizei vertuscht ihren Personalmangel, indem sie Otto Normalverbraucher einspannt. Und prompt fühlt sich ein jeder zum Detektiv berufen. Gestern hätten sie mich beinahe erwischt. Ich sass im Tram, meinem Lieblingsjagdgebiet. Die Frau war keine 40, sie tratschte mit ihrer Freundin, Einkaufs- und Umhängetasche hatte sie achtlos auf den Boden gestellt. Sie hätte nichts bemerkt, hätte nicht der junge Kerl neben der Tür kreischend aufgeschrien, als ich an der Haltestelle nach der Tasche griff und ins Freie sprang. Ein Bein wollte er mir stellen. Zum Glück bin ich nicht platt auf dem Bauch gelandet. Ich bin schnell. Das



Medienmitteilung der Kantonspolizei Bern

Aufgrund einer Panne wurden heute über das App «Schnapp den Lump» Dutzende Falschmeldungen versandt. Die gefälschten Fahndungsaufrufe lösten in Bern ein Chaos aus. Zahlreiche Personen versuchten, vermeintliche Taschendiebe festzuhalten. Es kam zu tumultähnlichen Szenen. 27 Personen erlitten leichte, 3 schwere Verletzungen. Der öffentliche Verkehr musste zeitweise eingestellt werden. Die Polizei sieht sich gezwungen, das App «Schnapp den Lump» ausser Betrieb zu setzen. Die Ursache für die Fehlmanipulationen ist Gegenstand laufender Ermittlungen.

Lena Stahl

Sie haben mich erwischt. Mir muss ein Fehler unterlaufen sein, als ich in ihr System eingedrungen bin. Plötzlich standen Polizisten vor der Tür, schwenkten einen Zettel, marschierten in mein Büro und nahmen meinen Computer mit. Sie sagen, sie könnten beweisen, dass ich für den Hackerangriff verantwortlich sei. Verflucht! Und: Sie fanden noch mehr. Ich hätte die Trophäen meiner Diebeszüge nicht aufbewahren sollen. Bei deren Anblick wurde den Polizisten klar, dass

ich selbst die fleissigste Taschendiebin bin. Oder war, muss ich wohl sagen. Denn ich habe mit den Bullen einen Deal geschlossen. Sie haben mich nicht eingesperrt – sondern mir einen Job angeboten. Bei der Bundeskriminalpolizei; dort könnten sie Hacker wie mich gebrauchen, haben sie gesagt. Die Bedingung: Ich müsse eine Therapie machen und dürfe nie mehr stehlen. Ich bin denn auch wirklich hingegangen, zur Kleptomanie-Therapeutin. War gar nicht so schlimm. Bin gespannt, wie lange es dauert, bis sie ihren goldenen Kugelschreiber vermisst.

* Christine Brand hat zahlreiche Kurzgeschichten und drei Kriminalromane veröffentlicht. Ihr neuester Krimi «Kalte Seelen» ist im Frühjahr 2013 im Landverlag erschienen. www.christinebrand.ch

